**Presseinformation** 

## Wachstum in der EU kurz- und mittelfristig enttäuschend

Die Länder der Europäischen Union befinden sich in einer instabilen Erholungsphase. 2015 dürfte das Wirtschaftswachstum mit ungefähr 1,5% deutlich unter dem der USA oder dem der Weltwirtschaft bleiben. Im Gegensatz zu den USA ist das Wachstum in Europa nach wie vor zu gering, um eine Trendumkehr der Arbeitslosigkeit zu bewirken. In der EU konzentriert sich die Expansion auf jene Länder, die eine robuste Inlandsnachfrage aufweisen. In Ostmitteleuropa expandiert die Wirtschaft wesentlich stärker als in den anderen EU-Ländern. Zuletzt entwickelte sich die Wertschöpfung im Euro-Raum trotz der erneuten Zuspitzung der Staatsschuldenkrise Griechenlands etwas günstiger. Den aktuellen Daten zufolge stieg das reale BIP im I. Quartal 2015 gegenüber dem Vorquartal um 0,4% und im II. Quartal um 0,3%. Im weiteren Jahresverlauf 2015 ist gemäß den jüngsten Daten eine mäßige Zunahme zu erwarten. Der Ausblick wird jedoch durch die strukturbedingte Wachstumsschwäche in vielen Schwellenländern getrübt. Dies spiegelt sich auch in verschiedenen Vorlaufindikatoren.

## Im Gegenzug zu den USA kein Wachstum im Euro-Raum seit 2008

Im Euro-Raum entwickelt sich die Wirtschaft seit 2008 enttäuschend. Das reale BIP lag Ende 2014 etwa auf dem Niveau des Jahres 2008. Seit dem Ausbruch der Finanzmarktkrise stagniert das BIP damit (Übersicht 1). Im Gegensatz dazu wuchs die Volkswirtschaft der USA – des Landes, von dem die weltweite Finanzmarktkrise ausgegangen war – deutlich (+11,0%). In den einzelnen Euro-Ländern ist die Situation teilweise noch ungünstiger. So stieg die italienische Wirtschaftsleistung seit der Einführung des Euro im Jahr 1999 um nur 4% (+0,25% pro Jahr), am schwächsten innerhalb des Euro-Raumes; Griechenland verzeichnete in den 16 Jahren einen Zuwachs von knapp 5%.

Übersicht 1: BIP-Wachstum

	2015 2016 Veränderung gegen das Vorjahr in %		2008/2015 Veränderung in %, kumuliert	
EU 28	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	
Euro-Raum	+ 1,3	+ 1,5	- 0,1	
USA	+ 2,4	+ 2,4	+11,0	
Japan	+ 1,2	+ 1,4	+ 2,8	
China	+ 6,5	+ 6,5	+75,2	
Welt	+ 3,1	+ 3,4	+25,1	

Q: WIFO-Prognose vom Juni 2015.

In der EU lag die Arbeitslosenquote im II. Quartal 2015 mit knapp 10% noch deutlich über dem Vorkrisenniveau. In den USA entwickelte sich der Arbeitsmarkt hingegen deutlich besser, die Arbeitslosenquote entspricht derzeit etwa dem Vorkrisenwert.

Der enttäuschende Konjunkturverlauf in der EU ist u. a. die Folge vieler Ungleichgewichte. Dies zeigt sich nicht nur auf den Arbeits- und Gütermärkten, sondern auch in einer zunehmenden Divergenz innerhalb der EU-Länder und der Euro-Länder. So war entgegen den Erwartungen seit der Einführung der gemeinsamen Währung 1999 keine Konvergenz der Realwirtschaft in den Ländern der Währungsunion zu verzeichnen, sondern nach anfänglicher Angleichung und einem Rückgang der Zinssätze gemessen an verschiedenen Indikatoren sogar eine Divergenz (BIP pro Kopf, Arbeitslosenquote, Wachstumsrate usw.). Relativ günstig verlief hingegen die Entwicklung in Ostmitteleuropa.

Übersicht 2: BIP pro Kopf

	1990	2000	2008 Real (zu Preisen	2012 von 2005), in \$	2013	2014
EU	21.121	25.855	29.509	28.838	28.853	29.230
Euro-Raum	24.977	29.889	32.797	31.971	31.848	32.137
USA	32.966	40.965	44.874	45.336	45.812	46.758
Japan	31.239	34.030	36.953	37.116	37.759	38.406
China	459	1.117	2.378	3.291	3.523	3.753
Welt <sup>1</sup> )	6.900	8.016	9.837	10.467	10.655	10.898
EU in % der USA	64,1	63,1	65,8	63,6	63,0	62,5

Q: Oxford Economics, März 2013. – 1) Kaufkraftparitäten, zu realen Wechselkursen.

## Langfristiger Aufholprozess aus den 1990er-Jahren seit 2008 gestoppt

Der Aufholprozess der europäischen Wirtschaft gegenüber den USA war in den letzten 50 Jahren beachtlich. Seit der Finanzmarktkrise kam er jedoch zum Stillstand. Somit ergibt sich im Vergleich zu den USA eine zunehmende Divergenz. Bereits vor der Finanzmarktkrise kam der bis dahin rasche Aufholprozess der EU bezüglich Produktivität und BIP pro Kopf zum Stillstand (Übersicht 2): Hatte das BIP pro Kopf in der EU 1990 64,1% des Niveaus in den USA betragen, so stieg es bis zum Jahr 2008 auf knapp über 65%. 2014 lag es mit knapp 62% unter dem Wert aus dem Jahr 1990.

## EU verfehlt selbstgesteckte Ziele

Der Wachstumsrückstand der EU-Länder gegenüber den USA hängt mit mehreren Faktoren zusammen, und zwar insbesondere solchen, die für die Expansion von hochentwickelten Volkswirtschaften entscheidend sind (Forschungsquote, Anteil der Spitzenuniversitäten, Innovationen, Anteil der Start-ups, hohe Dynamik von Neugründungen). Die EU verfehlt auch eigene Ziele, wie die Halbzeitevaluierung der Strategie "Europa 2020" gezeigt hat, und forciert

nicht die bestehenden Stärken, wie etwa den Vorsprung hinsichtlich Energieeffizienz, Einsatz erneuerbarer Energie und Umwelttechnologien. Diese Erkenntnis bewirkte jedoch keine Kursänderung, ein gravierendes Versäumnis der Wirtschaftspolitik. Allein der erste Punkt der Strategie "Europa 2020" – die Erhöhung der Beschäftigungsquote der Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren von derzeit 69% auf mindestens 75% – erscheint in Anbetracht der prekären Arbeitsmarktsituation in der EU in absehbarer Zeit unerreichbar. Auch die Anhebung der F&E-Quote auf 3% des BIP ist aus heutiger Sicht unrealistisch, obwohl vor allem sie zur Verbesserung der Bedingungen für F&E-Investitionen sowie für die Investitionen im Privatsektor im Allgemeinen wichtig wäre. Dies sind u. a. Gründe für deutlich pessimistischere langfristige Prognosen für die EU als für die USA und andere Wirtschaftsregionen.

Um die Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum sowie in der EU insgesamt entscheidend zu beleben, erscheinen einige Faktoren unerlässlich:

- makroökonomische Stabilität und vor allem eine Finanzpolitik, die Zukunftsinvestitionen forciert und die Abgaben besonders auf den Faktor Arbeit senkt,
- ein hohes Maß an Flexibilität auf den Gütermärkten und in einigen Länder auch auf dem Arbeitsmarkt,
- günstige Rahmenbedingungen für eine effiziente volkswirtschaftliche Nutzung der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit, durch die das Wachstum der totalen Faktorproduktivität unterstützt wird,
- eine effiziente Energie- und Ressourcennutzung sowie
- ein aktiverer Einsatz nationaler Politikinstrumente zur Vermeidung von Boom-Bust-Zyklen von Vermögenspreisen und Kreditzinssätzen.

Der neue Europäische Investitionsfonds hat das Potential, die Investitionsschwäche zu mildern; er sollte sich auf immaterielle Investitionen, Energieeffizienz und der Verbesserung der Ausbildung konzentrieren. Der Zukunftsoptimismus sollte durch Erarbeitung einer Strategie "Europa 2030" gestärkt werden – hiefür liefert das WIFO im Rahmen des internationalen Projektes "WWWforEurope" gemeinsam mit 33 Partnern die analytischen Grundlagen.

Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass der Zufluss umfangreicher Kapitalströme in einkommensschwache Länder nur dann zu einer nachhaltigen Entwicklung beiträgt, wenn die Ressourcen effizient verteilt werden. Entscheidend ist deshalb, das Potentialwachstum durch nachhaltige Ressourcenallokation zu erhöhen. Das sollte jedoch nicht durch Fortschreiben eines schuldenfinanzierten Wachstumsmodells mit allfälliger Rückendeckung der Geldpolitik geschehen. Nötig sind Schritte, um die Produktivität sowie soziale Innovationen zu fördern und die bereits vorhandene Stärke der Umwelttechnologien weiter auszubauen.

Wien, am 28. August 2015

Rückfragen bitte am Montag, dem 31. August 2015, an Prof. Dr. Karl Aiginger, Tel. (1) 798 26 01/210, <u>Karl Aiginger@wifo.ac.at</u> (von 10 bis 11 Uhr), Dr. Christian Glocker, Tel. (1) 798 26 01/303, <u>Christian Glocker@wifo.ac.at</u> (von 9 bis 14 Uhr)